

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

- a) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 12/2018 —

Jahreswirtschaftsbericht 1992 der Bundesregierung

- b) zum Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.
— Drucksache 12/2077 —

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 12/2018 —

Jahreswirtschaftsbericht 1992 der Bundesregierung

- c) zum Entschließungsantrag der Gruppe der PDS/Linke Liste
— Drucksache 12/2063 —

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
— Drucksache 12/2018 —

Jahreswirtschaftsbericht 1992 der Bundesregierung

A. Problem

Mit der Einschätzung der gegenwärtigen gesamtwirtschaftlichen Situation und der weiteren Entwicklung der Gesamtwirtschaft werden im Jahreswirtschaftsbericht 1992 auch die vorgesehenen wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen dargelegt sowie die Problemfelder der staatlichen Wirtschaftspolitik aufgezeigt.

Die zum Jahreswirtschaftsbericht 1992 eingebrachten Entschließungsanträge von den Koalitionsfraktionen — Drucksache 12/2077 — und von der Gruppe der PDS/Linke Liste — Drucksache 12/2063 — nehmen im einzelnen zum Jahreswirtschaftsbericht Stellung, kommen aber jeweils zu sehr unterschiedlichen Bewertungen der Darlegung des Berichtes.

B. Lösung

Kenntnisnahme des Jahreswirtschaftsberichtes 1992 — Drucksache 12/2018.

Annahme des Entschließungsantrages der Koalitionsfraktionen zum Jahreswirtschaftsbericht 1992 — Drucksache 12/2077.

Ablehnung des Entschließungsantrages der Gruppe der PDS/Linke Liste zum Jahreswirtschaftsbericht 1992 — Drucksache 12/2063.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

I.

die Unterrichtung durch die Bundesregierung — Drucksache 12/2018 — Jahreswirtschaftsbericht 1992 der Bundesregierung zur Kenntnis zu nehmen;

II.

den Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. — Drucksache 12/2077 —

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung — Drucksache 12/2018 — Jahreswirtschaftsbericht 1992 der Bundesregierung anzunehmen;

III.

den Entschließungsantrag der Gruppe der PDS/Linke Liste — Drucksache 12/2063 —

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung — Drucksache 12/2018 — Jahreswirtschaftsbericht 1992 der Bundesregierung abzulehnen.

Bonn, den 18. März 1992

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost	Dr. Rudolf Sprung
Vorsitzender	Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Rudolf Sprung

I.

Der Jahreswirtschaftsbericht wurde in der 76. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Februar 1992 an den Ausschuß für Wirtschaft federführend sowie an die folgenden Ausschüsse zur Mitberatung überwiesen: Finanzausschuß, Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung, Haushaltsausschuß.

Der Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. — Drucksache 12/2077 — sowie der Entschließungsantrag der Gruppe der PDS/Linke Liste — Drucksache 12/2063 —, jeweils zum Jahreswirtschaftsbericht 1992, wurden in der 76. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. Februar 1992 dem Ausschuß für Wirtschaft federführend und den folgenden Ausschüssen zur Mitberatung überwiesen: Finanzausschuß, Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung, Haushaltsausschuß.

Der Finanzausschuß hat die Vorlagen — Drucksachen 12/2018, 12/2077 und 12/2063 — in seiner Sitzung am 18. März 1992 abschließend behandelt; er hat alle drei Vorlagen einstimmig bei Abwesenheit des Vertreters der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat die Vorlagen — Drucksachen 12/2018, 12/2077 und 12/2063 — in seiner Sitzung am 18. März 1992 abschließend beraten und dabei die Unterrichtung durch die Bundesregierung einvernehmlich zur Kenntnis genommen und den dazugehörigen Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen — Drucksache 12/2077 — mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Mitglieder der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Mitglieder der Gruppe der PDS/Linke Liste und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Der Entschließungsantrag der Gruppe der PDS/Linke Liste — Drucksache 12/2063 — wurde mit den Stimmen der Mitglieder der Fraktionen der CDU/CSU, der SPD und F.D.P. bei Abwesenheit der Mitglieder der Gruppe der PDS/Linke Liste und der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner Sitzung am 18. März 1992 die Vorlagen — Drucksachen 12/2018, 12/2077 und 12/2063 — abschließend beraten, dabei wurde die Unterrichtung durch die Bundesregierung — Druck-

sache 12/2018 — einvernehmlich zur Kenntnis genommen, der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen — Drucksache 12/2077 — mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei einer Enthaltung mehrheitlich angenommen und der Entschließungsantrag der Gruppe der PDS/Linke Liste — Drucksache 12/2063 — einstimmig abgelehnt.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat die Vorlagen — Drucksachen 12/2018, 12/2077 und 12/2063 — in seiner Sitzung am 11. März 1992 abschließend beraten und dabei die Unterrichtung durch die Bundesregierung — Drucksache 12/2018 —, mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen, gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS/Linke Liste zustimmend zur Kenntnis genommen und den Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen — Drucksache 12/2077 — mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS/Linke Liste angenommen.

Der Entschließungsantrag der Gruppe der PDS/Linke Liste — Drucksache 12/2063 — wurde gegen die Stimme der antragstellenden Gruppe abgelehnt.

Der Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung hat in seiner Sitzung am 11. März 1992 die Unterrichtung durch die Bundesregierung — Drucksache 12/2018 — einvernehmlich angenommen.

Dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen — Drucksache 12/2077 — hat der Ausschuß mit der Mehrheit der Stimmen der antragstellenden Fraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD zugestimmt.

Den Entschließungsantrag der Gruppe der PDS/Linke Liste — Drucksache 12/2063 — hat der Ausschuß bei Enthaltung einer Stimme der Fraktion der SPD abgelehnt.

Der Haushaltsausschuß hat die Unterrichtung durch die Bundesregierung — Drucksache 12/2018 — in seiner Sitzung am 18. März 1992 einvernehmlich zur Kenntnis genommen.

Dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen — Drucksache 12/2077 — hat der Haushaltsausschuß mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS/Linke Liste zugestimmt.

Den Entschließungsantrag der Gruppe der PDS/Linke Liste — Drucksache 12/2063 — hat der Ausschuß einvernehmlich bei Abwesenheit der beiden parlamentarischen Gruppen abgelehnt.

II.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Jahreswirtschaftsbericht 1992 — Drucksache 12/2018 — sowie die beiden dazu gehörenden Entschließungsanträge der Koalitionsfraktionen — Drucksache 12/2077 — und der Gruppe der PDS/Linke Liste — Drucksache 12/2063 — in seiner 26. Sitzung am 18. März 1992 abschließend beraten.

Die Koalitionsfraktionen wiesen in den Beratungen darauf hin, daß der Jahreswirtschaftsbericht sowohl den Fehler vermeide, die Lage zu optimistisch darzustellen als auch diese zu pessimistisch zu beleuchten. Die Darstellung der Wirtschaftslage und die Einschätzung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung sei ausgewogen. In diesem Zusammenhang wird auf die zahlreichen Risiken hingewiesen, die für die weitere wirtschaftliche Entwicklung bestehen; ausschlaggebend dabei sei die außenwirtschaftliche Situation, die wiederum wesentlich von dem Erfolg einer Belebung der ökonomischen Aktivität in den USA, aber auch in den übrigen Mitgliedstaaten der EG abhängen. Die Vorsicht, die sich in den prognostischen Grundlagen des Jahreswirtschaftsberichts niederschläge, sei zu begrüßen. Auch die Herausforderungen, die die neuen Bundesländer stellen würden, seien ausführlich dargelegt, wobei auch die günstigen Entwicklungen (aufblühende Baukonjunktur) im Jahreswirtschaftsbericht beschrieben worden seien. Es sei hervorzuheben, daß in der Bundesrepublik Deutschland die höchsten Löhne, die höchsten Lohnnebenkosten und die niedrigsten Arbeitszeiten herrschten. Diese Tatsache werde in der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Diskussion, insbesondere im Zusammenhang mit der Tarifpolitik, häufig nicht ausreichend beachtet. Angesichts der sich verengenden Verteidigungsspielräume und der konjunkturell bedingten Verminderung der Wachstumsdynamik stelle sich die Frage, ob unter den gegenwärtigen Bedingungen überhaupt mehr zu erreichen sei als Inflationsraten über die Tarifpolitik auszugleichen.

Positiv wird hervorgehoben, daß die Bundesregierung sich bei der Abfassung des Jahreswirtschaftsberichtes an den realen Fakten orientiert habe. Die Koalitionsfraktionen wiesen auch auf die Gefährdungen des Industriestandortes in der Bundesrepublik Deutschland hin. Die Verschlechterung der Standortbedingungen sei besorgniserregend und bedürfe im Interesse der Sicherung von Wachstum und Arbeitsplätzen vielfältiger Überlegungen.

Die Fraktion der SPD hat im Ausschuß einen Entschließungsantrag zum Jahreswirtschaftsbericht vorgelegt und zur Abstimmung gestellt, in welchem dem Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung vorgeworfen wird, seiner Aufgabe nicht gerecht zu werden. Der Jahreswirtschaftsbericht informiere nicht über die konjunkturellen Entwicklungen, mit denen im laufenden Jahr zu rechnen sei, und welche Zielkomponenten des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts die Bundesregierung als gefährdet ansehe; es werde auch nicht in ausreichendem Maße dargelegt, mit welchen Maßnahmen der Globalsteuerung das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht erhalten werden solle. Der Jahreswirtschaftsbericht sei von Schönfärberei ge-

prägt, die den ökonomischen Realitäten in der Bundesrepublik Deutschland, nicht gerecht werde. Das gelte sowohl hinsichtlich der Einschätzung der Konjunkturentwicklung in Westdeutschland als auch bezüglich der Arbeitsmarktsituation in der Bundesrepublik Deutschland, deren Darstellung als völlig unzureichend betrachtet wird. Die vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Jahresgutachten 1991 für notwendig erachtete klare und eindeutige Perspektive über den längerfristigen Kurs der Wirtschaftspolitik, einschließlich einer Konsolidierungsstrategie unter Berücksichtigung der zukünftigen Haushaltsrisiken, werde nicht gegeben. Es fehle auch jede Aussage über die mittelfristig in West- und Ostdeutschland zu erwartenden Wachstumsaussichten sowie über die Dauer der Zeitspanne, in welcher die ostdeutsche Wirtschaft Anschluß an die Leistungsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft finden könne. In dem Antrag solle die Bundesregierung aufgefordert werden, ergänzend zum Jahreswirtschaftsbericht 1992, eine an der tatsächlichen wirtschaftlichen und sozialen Situation in Deutschland orientierte Konzeption für die zukünftig notwendigen wirtschafts-, finanz- und arbeitsmarktpolitischen Strategien sowie Handlungsoptionen darzulegen, um damit der Öffentlichkeit, den gesetzgebenden Körperschaften sowie den wirtschaftlichen Akteuren eine eindeutige Perspektive über ihren längerfristigen Kurs zu vermitteln.

Die Koalitionsfraktionen weisen in der Debatte auf die Schwachstellen im Entschließungsantrag der Fraktion der SPD hin; er umfasse einige sehr problematische Punkte und gehe von einer viel zu negativen Einschätzung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung aus. Der Entschließungsantrag lasse wesentliche Aspekte der gegenwärtigen gesamtwirtschaftlichen Situation und der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung außer acht bzw. bewerte sie unzureichend.

Die Fraktion der SPD hebt demgegenüber ihren im Ausschuß eingebrachten Entschließungsantrag zum Jahreswirtschaftsbericht hervor, der im einzelnen die Probleme aufzeige und die Risikofaktoren für die weitere wirtschaftliche Entwicklung betone. Ein Schlüsselproblem für die weitere wirtschaftliche Entwicklung sei auch und insbesondere ein erfolgreicher Abschluß der GATT-Runde. Mit Besorgnis müsse festgestellt werden, daß es in den hier anstehenden Fragen bisher noch keine Überwindung der Differenzen zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gegeben habe.

Ein Handlungsbedarf bestehe auch hinsichtlich der Hochzinsentwicklung, die im wesentlichen auf die kreditfinanzierte Staatsverschuldung zurückzuführen sei. Die konkreten Absichten der Bundesregierung bezüglich der Problembereiche der Wirtschaftspolitik und der Finanzpolitik seien nicht erkennbar. Die von der Bundesregierung immer wieder erhobene Forderung nach maßvollen Tarifbeschlüssen führe zu der Frage, was die Bundesregierung darunter verstehe. Hierzu gebe es unterschiedliche Vorstellungen. Besorgniserregend sei auch die Vernachlässigung der mittelfristigen gesamtwirtschaftlichen Effekte, die aus

Konsolidierungsbemühungen hervorgingen. Nachdem die bisherigen Programme zur Stützung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern einen außerordentlichen Nachfrageschub bewirkt hätten, der die Konjunktur in der Bundesrepublik Deutschland gestützt und eine Sonderkonjunktur in Europa ausgelöst habe, sei nunmehr damit zu rechnen, daß eine Konsolidierungswelle in Gang gesetzt werde. Eine klare Konsolidierungsstrategie sei bisher nicht zu erkennen, müsse aber seitens des Bundesministers der Finanzen und des Bundesministers für Wirtschaft vorgelegt werden. Denn das Herunterfahren öffentlicher Ausgaben werde massive gesamtwirtschaftliche Effekte haben, einschließlich sektoraler und regionaler Auswirkungen. Die hiermit zusammenhängenden Fragen könnten nicht allein unter den Gesichtspunkten des staatlichen Haushaltes gesehen werden, weil hiermit ganz entscheidende wirtschaftspolitische Auswirkungen verbunden seien.

Der Ausschuß kam zu folgenden Beschlüssen:

1. Der Jahreswirtschaftsbericht 1992 der Bundesregierung — Drucksache 12/2018 — wurde einvernehmlich zur Kenntnis genommen.
2. Der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen zum Jahreswirtschaftsbericht 1992 — Drucksache 12/2077 — wurde, bei einer Enthaltung, mehrheitlich angenommen.
3. Der Entschließungsantrag der Gruppe der PDS/Linke Liste — Drucksache 12/2063 — wurde bei einer Fürstimme und einer Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.
4. Der von der Fraktion der SPD im Ausschuß eingebrachte Entschließungsantrag zum Jahreswirtschaftsbericht (vgl. Berichtsteil) wurde mehrheitlich, bei einer Enthaltung, abgelehnt.

Bonn, den 18. März 1992

Dr. Sprung

Berichterstatter

